

Mitfahrssystem wird fix eingeführt

Luzern «Taxito ist eine super Sache für unser Tal!» – der Luthertaler Gemeinderat Lukas Lustenberger zieht nach der zweijährigen Pilotphase ein positives Fazit über das neue Mitfahrssystem. Der Autostopp der anderen Art soll nun in der Region Luzern/Wilisau/Zell auf den Fahrplanwechsel vom 10. Dezember fix eingeführt werden, schreibt der Verkehrsverbund Luzern (VVL). Die Zahl der Fahrten stieg stetig von 33 auf über 80 pro Monat.

Zur Erinnerung: Bei Haltestellen mit digitalen Anzeigen lässt sich das gewünschte Ziel via Handy an Taxito übermitteln, worauf das Ziel auf der Anzeige erscheint. Ein Automobilist kann den Fahrgast dann gegen eine Entschädigung von einem Franken mitnehmen. Der Fahrgast selber zahlt zwei Franken.

Das Mitfahrssystem soll im Kanton weiter Fuss fassen: Eine Übernahme ins Angebot des VVL ist in Grossdietwil ein Thema. Hier hat die Gemeinde den Service bereits aus eigener Initiative eingeführt. Auch in Flühl steht Taxito zur Debatte. «Wir prüfen ferner, ob eine Erschliessung von Malters via Rengloch nach Kriens und von Hitzkirch ins aargauische Fahrwegen über Taxito Sinn macht», sagt Romeo Degiacomi, VVL-Mediensprecher. (red)

Regierung will grosszügig bleiben

Personal Wer krank ist oder wegen eines Unfalls nicht arbeiten kann, erhält beim Kanton während bis zu 730 Tagen den vollen Lohn. Zu Recht, meint der Regierungsrat – auch wenn diese Regelung Exotenstatus hat.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

FDP-Kantonsrat Georg Dubach aus Triengen hat verlangt, dass sich der Kanton Luzern mit seinen 6000 Angestellten einem Check-up unterzieht. In einem Postulat forderte der ehemalige Trienger Gemeindepräsident eine Analyse über die Lohnfortzahlung von kranken oder verunfallten Verwaltungsangestellten. Diese erhalten nämlich heute während maximal 730 Tagen den vollen Lohn. Weil bei solchen Taggeldern keine Sozialversicherungsabzüge gemacht werden, könnten Kranke und Verunfallte netto sogar besser verdienen als ihre gesunden Kollegen (Ausgabe vom 4. und 6. Februar).

Jetzt liegt die Stellungnahme des Regierungsrats auf Dubachs Postulat vor. Und – so viel vorweg – eine Analyse ist für die Exekutive kein Thema. Sie empfiehlt dem Kantonsrat, das Postulat abzulehnen. Die Regierung begründet dafür umfassend, warum sie die heutige Praxis weiterführen will. So sei die Frist von 730 Ta-

gen notwendig, weil die Abklärungen der IV in der Regel sogar länger dauern: «Tatsächlich sind uns keine öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber bekannt, welche eine Lohnfortzahlung unter einem Jahr kennen.»

Instrument gegen Überbezahlung

Betroffenen, die nicht über genügend finanzielle Reserven verfügen, bliebe bei längeren Krankheiten nach Ablauf der Lohnfortzahlung nur die Sozialhilfe. Theoretisch bestünde zwar die Möglichkeit einer Überentschädigung, weil die Löhne ohne Abzüge und zu 100 Prozent ausbezahlt werden. Damit dies nicht passiere, gebe es aber in den Lohnabrechnungen einen sogenannten Nettolohnausgleich.

Wie viel diese Lohnfortzahlungen den Kanton kosten, kann dieser nur schätzen. Sie dürften bei Krankheitsfällen «zirka zwölf Millionen Franken» pro Jahr betragen, was rund zwei Prozent der ganzen Personalkosten entsprechen. Grund für fehlende konkrete Daten: Der Kanton verfügt noch über kein übergreifendes elektro-

nisches Zeiterfassungssystem. Die Daten müssen aus verschiedenen Systemen zusammengetragen werden. Das soll sich mit dem Sparpaket OE17 ändern. Darin ist die Einführung einer einheitlichen Zeiterfassung geplant.

Erst dann könne auch geprüft werden, ob der Kanton eine Krankentaggeldversicherung abschliessen soll. Die hat der Kanton nämlich nicht. Zwar könnte er sich das Zahlen der Prämien mit seinen Angestellten aufteilen. Doch auch dann käme diese Lösung für den Kanton teurer als die jetzige Taggeldlösung. Die Regierung schlussfolgert, dass das Kantonspersonal wegen der Sparmassnahmen schon genug unter finanziellen Druck gekommen sei. Eine weitere Verschlechterung der Anstellungsbedingungen sei «wenig zielführend».

Drohkulisse irritiert Postulant

FDP-Kantonsrat Georg Dubach äussert sich auf Anfrage irritiert über die Stellungnahme: «Der Regierungsrat geht überhaupt nicht auf die geforderte Analyse ein.» Stattdessen baue sie eine

Drohkulisse auf. Dubach sei es gar nicht darum gegangen, von der jetzigen Praxis abzukommen. «Offensichtlich ist der Regierungsrat weder fähig noch willens, die Lohnfortzahlungen zu überprüfen.» Das zeige sich etwa anhand der angekündigten zen-

tralen Zeiterfassung. Solche Instrumente seien in vergleichbaren Unternehmen mit 6000 Angestellten genau so Standard wie die dreijährliche Überprüfung der Lohnfortzahlungen.

Die Regierung sei auch nicht auf eine Ungleichheit eingegangen: Primar- und Sek-Lehrerinnen sind bei den Gemeinden angestellt, aber unterstehen dem Personalreglement des Kantons. Während also diese Lehrpersonen von der grosszügigen Lohnfortzahlung profitieren, sieht es bei den übrigen Gemeindeangestellten anders aus. «Diese Ungleichbehandlung will ich rechtlich abklären», sagt Dubach. Auch das Postulat und der darin geforderte Check-up haben sich für ihn noch nicht erledigt.

Denn die Regelung bei der Lohnfortzahlung ist nicht so einheitlich, wie die Stellungnahme vermuten lässt. Im Dezember 2016 erklärte die Regierung auf eine Anfrage des Horwer SVP-Kantonsrats Marcel Zimmermann, dass ausser Luzern nur noch die Kantone Genf und Obwalden eine Lohnfortzahlung zu 100 Prozent kennen.

«Der Regierungsrat geht überhaupt nicht auf die geforderte Analyse ein.»



Georg Dubach
FDP-Kantonsrat, Triengen

Markus Schwander hat die besten Karten in der Hand

Reiden Die Controlling-Kommission sucht noch immer einen Präsidenten. Eine stille Wahl ist möglich.

316 Stimmen hätte der neue Präsident der Reider Controlling-Kommission für das absolute Mehr gebraucht (Ausgabe von gestern). Doch weil sich im Vorfeld des Urnengangs kein offizieller Kandidat finden lassen, war es kaum überraschend, dass der Sitz nicht auf Anhieb besetzt werden konnte. Sollte es in Reiden zu einem zweiten Wahlgang kommen, würde dieser am 29. Oktober stattfinden. Der Wahlvorschlag muss bis Donnerstag, 12 Uhr, auf der Gemeindeganzlei eingereicht sein.

Ein Blick auf die Resultate zeigt: Mit 112 Stimmen vereinte Markus Schwander (IG Reiden) die meisten Stimmen auf sich. Ihm folgen Ivo Müller (SVP-Ortsparteipräsident) mit 50 Stimmen und Pascal Caputo (ebenfalls IG Reiden) mit deren 41. Letzterer gehört dem Gremium bereits an. Neben vier weiteren Kandidaten

mit jeweils zirka 20 Stimmen fielen auf Vereinzelte 346 Stimmen. Zudem wurden 431 leere Zettel eingelegt. Die Stimmbeteiligung lag lediglich bei knapp 25 Prozent.

Die Ausmarchung wurde nötig, weil Hans Kunz (CVP) im Mai zum Gemeindepräsidenten gewählt worden war. Bei der damaligen Kampfwahl stand er übrigens Markus Schwander gegenüber: Dieser trat mit dem Listennamen «Aufbruch Reiden» gegen Kunz an.

Arzt als Überbringer des Resultats

Schwander zeigte sich gestern sehr überrascht, als er von unserer Zeitung auf das sonntägliche Resultat angesprochen wurde. «Ich habe mich tatsächlich nicht für die Ergebnisse interessiert», sagte der 61-jährige Finanzfachmann. Erfahren hatte er diese beim Arztbesuch gestern Vormittag. Auf die Frage, ob er nun offiziell antrete, erklärte er: «Das muss ich mir genau überlegen.» Bis zum Redaktionsschluss war Schwanders Entscheid noch offen. Wäre er einziger Kandidat, käme es zur stillen Nachwahl.

Seine Chancen, am Donnerstag auf diese Weise das Präsidium der Controlling-Kommission zu übernehmen, stehen gut. Denn der Zweitplatzierte Ivo Müller beispielsweise hatte bereits zu einem früheren Zeitpunkt betont, dass für ihn «eine Rolle als politisch wirkender SVP-Präsident und zugleich dem Amtsgeheimnis verpflichteter Präsident der Controlling-Kommission nicht in Frage kommt».

Aktuell besteht die Controlling-Kommission aus Pascal Caputo (IG Reiden), Philipp Birrer (SVP), Roger Graweid (FDP) und Markus Husner (CVP). (ep)

«Ich habe mich am Sonntag tatsächlich nicht für die Ergebnisse interessiert.»



Markus Schwander
Vorgesetzter der Controllingkommission

Fussballclub hofft auf bessere Finanzlage

Wolhusen Der FC Wolhusen musste am Sonntag eine herbe Niederlage einstecken: Die Bürger lehnten einen neuen Kunstrasen ab. Der klare Entscheid hat den Verein überrascht.



C-Junioren gestern Abend beim Training auf dem Fussballplatz in der Blindei.

Bild: Pius Amrein (Wolhusen, 25. September 2017)

Die Zeichen standen gut, doch dann kam alles anders: Mit 991 zu 657 Stimmen wurde der Sonderkredit für ein neues Kunstrasenfeld in der Blindei in Wolhusen in der Höhe von rund 1,8 Millionen Franken klar abgewiesen (Ausgabe von gestern). Ein herber Rückschlag für den FC Wolhusen, der mit seinen 250 Spielern an die Grenzen der Infrastruktur stösst und deshalb bei der Gemeinde vorstellig wurde. «Dass es kein Spaziergang wird, haben wir gedacht. Doch die Deutlichkeit des Neins hat uns überrascht», sagt Jonas Lipp, Vizepräsident des FC Wolhusen.

In der Bevölkerung hätte man stets positive Rückmeldungen erhalten. Deshalb sei man leicht op-

timistisch gewesen. Lipp vermutet, dass das Projekt wegen der Finanzlage der Gemeinde gescheitert ist und dass die Bevölkerung nicht generell etwas gegen einen neuen Fussballplatz hat. Im Vorfeld hatten sich die Controlling-Kommission und die SVP gegen das Projekt ausgesprochen, die Kosten für die Gemeinde wurden als zu hoch erachtet.

Für Peter Bigler (FDP), Gemeindepräsident von Wolhusen, wäre der Betrag jedoch durchaus verkraftbar gewesen, wie er auf Anfrage sagt: «Es ist natürlich viel Geld, aber wir haben das Projekt bereits seit zwei Jahren in unserem Finanzplan integriert.» Bigler bedauert den Entscheid. «Es tut mir leid, dass wir dem

Verein keine adäquate Trainingsmöglichkeit bieten können.»

Nun gilt es, vorwärtszuschauen. «Im Moment geht es für uns weiter wie vor der Abstimmung», sagt Vizepräsident Lipp. Die Spieler müssten sich mit den Gegebenheiten arrangieren, einen Plan B gebe es nicht.

Club wartet schon lange auf einen neuen Platz

In Zukunft werde sich das Problem noch verschärfen, sagt Lipp. Der Wunsch nach einem neuen Kunstrasen wird wohl auf der Ersatzbank Platz nehmen müssen. «Die Pläne sind im Moment auf Eis gelegt. Vielleicht probieren wir es noch einmal, wenn es der Gemeinde finanziell

wieder besser geht.» Laut Bigler könnte es in ungefähr fünf Jahren so weit sein, denn die Finanzlage sehe von Jahr zu Jahr stetig etwas vorteilhafter aus. Für die Fussballspieler hat der Entscheid keine weiteren Konsequenzen. Der Club bleibt auch weiterhin bestehen. «Die Auflösung des Vereins war weder vor noch nach der Abstimmung jemals ein Thema», so Lipp.

Bereits 2011 stellte der Fussballverein bei der Gemeinde ein Gesuch für einen neuen Kunstrasen. Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde wurde dieses jedoch schon damals abgelehnt.

Martina Odermatt
martina.odermatt@luzernerzeitung.ch